

Kurzmeldungen 03/15

EU-Flüchtlingspolitik

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex kündigt an, dass Bootsflüchtlinge im zentralen Mittelmeer nur noch gerettet werden sollen, wenn sie die 30-Meilen-Zone erreichen. Damit nimmt die EU billigend in Kauf, dass noch mehr Menschen auf der Flucht nach Europa sterben. Am 9. Dezember bestätigte dies nun Frontex-Operationsleiter Klaus Rösler in einem Brief an den Direktor der italienischen Einwanderungsbehörde und Grenzpolizei des Innenministeriums, Giovanni Pinto.

Afrikanische Flüchtlinge werden in Ägypten von Menschenhändlern entführt und gefoltert, um Lösegeld von Verwandten zu erpressen. Werden die Entführten nicht freigekauft, droht ihnen, dass ihnen Organe entnommen werden zum Weiterverkauf an ägyptische Krankenhäuser.

Quelle: PRO ASYL 23+29.12.2014.

http://www.proasyl.de/de/themen/menschenrechte/detail/news/folterkammer_sinai 15.3.13

http://www.proasyl.de/en/news/news-english/news/fluechtlinge_im_sinai_opfer_von_sklaverei_loesegelderpressung_und_organentnahme/
28.1.13

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/008923.html> 23.12.14

Energiespeicher

Nach einer neuen Studie des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE würden die jährlichen Gesamtkosten des deutschen Energiesystems um über 60 Mrd. Euro pro Jahr niedriger ausfallen, wenn Speichertechnologien bei einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2050 um 80% (gegenüber 1990) entsprechend ausgebaut würden. Durch den Einsatz der Technologie Power-to-Gas sind die Klimaschutzziele der Bundesregierung kostengünstiger zu erreichen. Große Teile des synthetischen erneuerbaren Methans könnten mit CNG-Antrieben im Mobilitätssektor genutzt werden. Mit der Power-to-Gas-Technologie können erneuerbare Energieerzeugungsanlagen unabhängiger von der momentanen Stromnachfrage betrieben werden. Die Auslastung und damit deren Erträge würden damit deutlich steigen. Ein weiterer Vorteil wäre der Wegfall der Speicherkosten für die Energie. Der Wirkungsgrad dieser Anlagen aus Strom wird mit etwa 70% bei der Umwandlung in Wasserstoff, 50% bei der Umwandlung in Methan und 30% für Methanisierung und Wiederverstromung angegeben.

Quelle: www.etogas.com, sonnenseite.com 6.3.15

Atommüll

26 Castor-Behälter mit deutschem Atommüll müssen ab 2017 zwischengelagert werden. 21 davon werden aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield zurückgebracht, fünf weitere aus der französischen Anlage in La Hague. Nur Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg haben sich bisher zur Aufnahme einiger Behälter bereit erklärt. Deshalb will Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die Aufnahmestandorte nun

selbst festlegen. Besonders bemängelt Hendricks die Haltung von Bayern und Hessen.
Quelle: Tagesspiegel, Klimaretter.info,, sonnenseite.com 23.2.15

Brennelementesteuer

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs müssen die AKW-Betreiber weiterhin Brennelementesteuern abführen, bis das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof endgültig darüber entschieden haben. Der Bundesfinanzhof hob damit das Urteil des Hamburger Finanzgerichts vom April 2014 auf, das die Konzerne von der Zahlung befreit und den Staat zur Rückzahlung bereits geleisteter Steuern in Höhe von 2,2 Mrd. Euro verdonnert hatte. Die Brennelementesteuer war 2011 in Kraft getreten, befristet bis Ende 2016. Fällig wird die Steuer immer dann, wenn in Atomkraftwerken die Brennstäbe ausgewechselt werden. Der Staat erhebt 145 Euro pro Gramm Kernbrennstoff. Umstritten ist, ob die Steuer auf den Brennstoff als sogenannte indirekte "Verbrauchssteuer" gilt, die von den Stromproduzenten an die Verbraucher weitergegeben werden kann.

Quelle: Bundesfinanzhof (VII B 65/14), klimaretter.info, sonnenseite.com 27.12.14

britische AKW-Pläne

Mit milliardensubventionen soll in England eines der größten Atomkraftwerke der Welt gebaut werden. Der Energiekonzern Electricité de France (EdF) will im englischen Hinkley Point eines der größten Atomkraftwerke der Welt bauen. Finanzierbar ist das Projekt aber nur mit massiven Subventionen über 22 Mrd. Euro für den Bau sowie einer garantierten Einspeisevergütung in Höhe von 11 ct/kWh durch die britische Regierung, die damit klar gegen EU-Wettbewerbsrecht verstößt. Die vorhergehende EU-Kommission mit Energiekommissar Oettinger hat in ihrer vorletzten Sitzung diese Atombeihilfen genehmigt. Die österreichische und luxemburgische Regierung will beim Europäischen Gerichtshof dagegen klagen. Auch mehrere Ökoenergieerzeuger (EWS Schönau, GP-Energy) Im Jahr 2014 wurde laut Statistik der Internationalen Atomenergie Agentur IAEA weltweit nur noch mit dem Bau von drei Atomkraftwerken begonnen. 2013 gab es noch 10 neue AKW-Baustellen. Da die vorhandenen Atomkraftwerke in den meisten Ländern alt und abgeschrieben sind, und deswegen viele bald abgeschaltet werden müssen, wird die Zahl der laufenden Kernkraftwerke auch ohne neue Atomkatastrophen in den nächsten Jahren schrumpfen. Viele AKW Bauten wurden vor einigen Jahren in China begonnen.

Quelle: <https://www.ews-schoenau.de/kampagne.html>

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/008942.html>

<http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/greenpeace-energy-klagt-gegen-britische-atombeihilfen.html>

Bisphenol-A-Hormone in Getränkedosen

In Frankreich ist Bisphenol A (BPA) seit Anfang 2015 in allen Lebensmittelverpackungen verboten. In Deutschland ist der Grenzwert der Chemikalie verschärft worden, dennoch wird sie weiterhin verwendet.

Bisphenol A ist in Kassenbons und als Weichmacher in zahlreichen Plastikprodukten und Lebensmittelverpackungen. Seit Jahren warnen Experten davor. Der Stoff steht im

Verdacht, den Hormonhaushalt von Frauen zu beeinflussen. Außerdem vermuten Forscher, dass Bisphenol A die Gehirnentwicklung bei Ungeborenen und Kleinkindern schädigt und auch bei Krebs und Herz-Kreislaufkrankungen eine Rolle spielt. Bisphenol A wurde in zwei von zehn getesteten Dosengetränken nachgewiesen, denn die meisten Getränkedosen sind innen mit Epoxidharz beschichtet, das Bisphenol enthält.
Quelle: deutschlandfunk.de 4.2.15

Vorbereitung für den Weltklimavertrag in Paris

Ohne den erhofften und nötigen Durchbruch endete die UN-Klimakonferenz in Lima Ende 2014 (Peru). Im Vorfeld hatten sich die weltgrößten CO₂-Emittenten USA und China erstmals auf ein Abkommen zum Klimaschutz geeinigt. Die Staaten konnten sich nicht auf eine einheitliche und vergleichbare Formulierung ihrer Klimaziele einigen. China und weitere Schwellenländer lehnten zudem eine verbindliche Bewertung dieser Vorschläge ab.

Bei den Genfer Zwischenverhandlungen für den Pariser Klimagipfel Ende des Jahres wurde nun ein von allen Verhandlungsparteien akzeptierter Textentwurf für das neue Abkommen erarbeitet, der jetzt in alle Arbeitssprachen der Vereinten Nationen übersetzt wird. Der Text mit 86 Seiten und unzähligen Optionen muss ein wirksames Klimaabkommen werden. Dabei sind noch alle Teile des sich abzeichnenden Abkommens umstritten. Die nächsten Klimaverhandlungen werden Anfang bis Mitte Juni in Bonn stattfinden.

Das wichtigste Ziel eines solchen Abkommens wäre die Erklärung für den Ausstieg aus den fossilen Energien bis Mitte des Jahrhunderts sein. Es müssen klare Zielvereinbarungen und ein regelmäßiger Überprüfungsmechanismus für Zielerhöhungen im Abkommen vorhanden sein. Dazu gehören auch Sofortmaßnahmen im Klimaschutz und die notwendige Unterstützung für die Hauptbetroffenen des Klimawandels.

Quelle: germanwatch, www.sonnenseite.com 13.2.15

anlasslose Massenspeicherung

Im März 2010 entschied das Bundesverfassungsgericht, daß die Vorratsdatenspeicherung ohne Einschränkungen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. 2014 entschied auch der Europäische Gerichtshof, daß die Richtlinie 2006/24 EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Vorratsspeicherung von Daten ist ungültig ist.

Damit ist die anlasslose Speicherung von Verbindungsdaten als Beweismittel vor Gerichten unzulässig. Um die Kommunikationspartner zu identifizieren, muß auch auf die Inhaltsdaten zugegriffen werden.

Da die Zahl der Terrorismusverdächtigen im Zusammenhang mit den Kriegen im Nahen Osten stark steigt, sind die deutschen Sicherheitsbehörden immer mehr mit der Aufgabe überfordert, alle potenziell gefährlichen Personen zu beobachten - und wünschen sich die Vorratsdatenspeicherung.

Der Einsatz von Trojanern zur Überwachung von Computern ist derzeit nur für das BKA erlaubt. Für die Nachrichtendienste gäbe es derzeit keine rechtliche Grundlage dafür. Jetzt will das Bundesinnenministerium trotz Anwendung auf eine gesetzliche Regelung verzichten. Die Bundesdatenschutzbeauftragte stellt sich deshalb gegen die Regierung.

Außerdem sollen Backdoors in verschlüsselten Produkten eingesetzt werden.
Quellen: dlf 11.2.15, heise.de 30.1.15, golem.de

islamistischer Terrorismus

Der gewaltbereite islamische Extremismus speist sich häufig aus dem Salafismus, der ein Teil es konservativen Islams ist. Die Quellen dieses Salafismus liegen im saudischen Wahabismus und ägyptischen Salafismus. Kontext und Anlaß von Koranzitaten, die Gemeindesituation bei der Entstehung der Koran-Texte werden nicht historisch eingeordnet sondern absolut gesetzt. Die Radikalisierung von moslemischen Jugendlichen in Europa wird durch Entwurzelung, Diskriminierung, Polarisierung und vor allem durch saudische Mission und Kriegspropaganda im Internet begünstigt.

Die Mohammed-Karikaturen sind 10 Jahre alt und sie entstanden in Dänemark. Der Streit hat seinen Ursprung in einer Aktion der dänischen Zeitung "Jyllands Posten" im Jahr 2005. International eskalierte die Diskussion Anfang 2006, denn Botschafter aus islamischen Staaten und die damalige ägyptischen Regierung hatten die Zeichnungen als ein Beispiel für Islamophobie in Dänemark angeprangert. Kritisiert wurde die restriktive Einwanderungspolitik Dänemarks und Äußerungen eines Ministers und einer Abgeordneten.

Die französische Sartirezeitschrift "Charlie Hebdo" hat die dänischen Karikaturen nachgedruckt und dann auch eigene Mohammed-Karikaturen veröffentlicht. Im Januar 2015 wurde dann auf die französische Satire-Zeitung Charlie Hebdo und ein israelische Lebensmittelgeschäft ein Anschlag mit vielen Todesopfern verübt.

Quelle: dlf.de 8.-11.1.15

EuGH-Generalanwalt zum OMT-Programm der EZB

Am 6.9.12 gab die EZB bekannt, dass sie ein Programm für den Erwerb von Staatsanleihen der Staaten der Euro-Zone beschlossen habe. Nach Auffassung des Generalanwalts Cruz Villalón ist das Programm der EZB für geldpolitische Outright-Geschäfte (OMT) grundsätzlich mit dem AEUV vereinbar, wenn die betroffenen Staaten einem Rettungsschirm des EFSF unterliegen. Ziel ist, die Zinssätze für die Staatsanleihen eines Mitgliedstaats abzusenken, um so die Lage wieder zu normalisieren. Das OMT-Programm gehe zwar Risiken ein, liege aber innerhalb des Mandats der EZB, wenn sichergestellt wird, dass ihre Intervention mit dem Verbot der monetären Finanzierung vereinbar bleibt..

Das Urteil des EuGH steht noch aus, orientiert sich aber häufig am Generalanwalt. Das Bundesverfassungsgericht wird dann erneut darüber urteilen.

Quelle: EuGH www.curia.europa.eu 14.1.15

EZB stoppt Erleichterungen für Griechenland

Die EZB hat ihre Sonderregeln für griechische Anleihen beendet. Die griechischen Banken bekommen Geld von der Europäischen Zentralbank, wenn sie dafür Sicherheiten hinterlegen – zum Beispiel in Form von Anleihen oder Pfandbriefen. Griechische Banken können nun keine Staatsanleihen mehr bei der EZB hinterlegen.

Wenn jetzt griechische Banken für den normalen Geschäftsverlauf Geld brauchen, dann

müssen sie sich das über die griechische Nationalbank direkt holen. Das ist möglich über sogenannte Notprogramme. Aber die EZB hat deutlich gemacht, dass sie jederzeit diese Zustimmung zurückziehen kann.

Quelle: tagesschau.de 5.2.15

Oxfam-Studie

Die Entwicklungsorganisation Oxfam warnt vor einer immer tieferen Kluft zwischen Arm und Reich. Die soziale Ungleichheit wächst. Es gibt eine hohe Vermögensumverteilung von ärmeren zu reicheren Menschen. Setze sich der derzeitige Trend fort, werde bereits im Jahr 2016 das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des weltweiten Vermögens besitzen. Laut der Studie verfügte das reichste Prozent der Weltbevölkerung im Jahr 2009 noch über 44 Prozent des Vermögens, im vergangenen Jahr 2014 waren es bereits 48 Prozent.

Eine weitere Statistik zeigt, dass das Vermögen der 80 reichsten Menschen sich zwischen den Jahren 2009 und 2014 verdoppelt hat. Sie besäßen damit genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen, so der Bericht.

Oxfam beklagt zudem einen wachsenden Einfluss der globalen Finanzeliten auf die Politik. Sie strebten zunehmend danach, die Regeln und Gesetzgebungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. So hätten Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors sowie des Pharma- und Gesundheitssektors allein von März 2013 bis März 2014 insgesamt weit über eine Milliarde Dollar für Lobbyarbeit in Washington und Brüssel ausgegeben.

Quelle: faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/oxfam-ds-reichste-prozent-hat-mehr-als-der-rest-der-welt-13378231.html 19.1.15